

Freie
Demokraten

Stadtrat
München **FDP**



BAYERERPARTEI

FDP BAYERERPARTEI Stadtratsfraktion



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

01.03.2023

Antrag

Filmstadt München nicht gefährden!

1. Das aktuell im Mobilitätsreferat angesiedelte Filmbüro wird ins Kreisverwaltungsreferat zurückverlegt.
2. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, ein Verfahren für die schnellere Erteilung von Drehgenehmigungen auf den Weg zu bringen. Statt für jedes Projekt einzeln die betroffenen Bezirksausschüsse anzuhören, soll gemeinsam mit allen Akteuren ein Voraussetzungskatalog erarbeitet werden, der universell gültig ist.
3. Analog der sog. „Teilstrategie Wirtschaftsverkehr“ werden Lösungen erarbeitet, die den Filmschaffenden bestmögliche Arbeitsbedingungen bieten (sowohl für die eigentlichen Dreharbeiten als auch für die dazu nötige Logistik, wie z.B. Abstellmöglichkeiten für Technikwagen, Catering, mobile Künstlergarderoben etc.). Wo nötig, werden auch Ausnahmegenehmigungen vom Diesel-Fahrverbot erteilt.

Begründung:

München ist ein Leuchtturm der deutschen Filmindustrie und erfreut sich auch internationaler Popularität.

In den letzten Jahren wurden die Arbeitsbedingungen für die Branche jedoch immer schwieriger – durch lange Warte- bzw. Bearbeitungszeiten für Drehgenehmigungen, aber auch ganz entscheidend durch eine immer restriktivere Verkehrspolitik und immer weniger Parkplätze im öffentlichen Raum.

Dies wirkt sich äußerst negativ auf den Filmstandort München aus. 2022 haben 1.571 Drehtage in der Landeshauptstadt stattgefunden – selbst im Corona-Jahr 2020 mit monatelangen Lockdowns waren es mit 1.769 deutlich mehr Drehtage. Wichtige Projekte drohen München verlorenzugehen, Firmen überlegen bereits, sich einen filmfreundlicheren Standort zu suchen, Drehbücher werden umgeschrieben. Der Stadt gehen Einnahmen, aber auch ihr guter Ruf in der Branche verloren. Hier muss dringend gegengesteuert werden!

Das Kreisverwaltungsreferat hat als Genehmigungsbehörde gute Arbeit geleistet, deshalb sollte das Filmbüro wieder dort angesiedelt werden.

Genehmigungsverfahren werden in die Länge gezogen, weil die beteiligten Bezirksausschüsse in der Regel nur einmal im Monat tagen. Ein gemeinsam erarbeiteter Vorkatalog kann die Verfahren wesentlich beschleunigen.

Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Gabriele Neff
Fritz Roth
Richard Progl

Ulrike Grimm
Michael Dzeba
Beatrix Burkhardt
Dr. Evelyne Menges